
NIEDERSCHRIFT

Niederschrift Nr. 1

Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie am 11.02.2008

Raum 124, Dienstgebäude Platanenallee

Beginn 15:00 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Kreistagsmitglieder

Ursula Erdelkamp
Hartmut Ganzke
Karin Goddinger
Ursula Lindstedt
Hildegard Rūwald
Christina Zubrytzki
Ute Giedinghagen
Elisabeth Schwarz
Annelies Schwarzer
Ursula Sopora
Paul Wisniewski
Jochen Nadolski-Voigt
Heike Schaumann

sachkundige Bürger

Karl-Friedrich Diehle
Christel Jachmann
Eleonore Köth-Feige
Doris Holtmeier
Rita Schröder
Gabriele Wentzek
Bodo Freund

Von der Verwaltung

Frau Warminski-Leitheußer, Dez. III
Herr Risse, FB 50
Frau Grewe, FB 50
Frau Raupach, FB 50 – RAA
Herr Zakel, FB 50
Herr Brewedell, KfP
Frau Rauert, PK
Herr Vertgewall, Schriftführer

Gäste- und Zuhörer/innen

Herr Wette, Geschäftsführer der
FDP-Kreistagsfraktion
Herr Sieger, Kreistagsabgeordneter
Herr Ringelsiep, ARGE Kreis Unna (bis TOP 2)
Frau Schuon, GS

Herr Nadolski-Voigt begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil

Punkt 1

ARGE Kreis Unna

- ➔ Arbeitsmarktprogramm 2008 und Entwicklungen zum Arbeitsmarkt
- ➔ Sonstige aktuelle Informationen zur Umsetzung des SGB II

Punkt 2

014/08

Richtlinien zur Gewährung angemessener Unterkunftskosten nach dem SGB II

Punkt 3

Einführung einer Sozialkarte

- Bericht der Verwaltung -

Punkt 4

017/08

Haushalt 2008 des Kreises Unna für den Fachbereich 50 -Arbeit und Soziales-

Punkt 5

009/08

Vertrag zwischen dem Kreis Unna, der Verbraucherzentrale NRW e.V. in Düsseldorf, dem Verein Neues Wohnen im Alter e.V. in Kamen und der Ökumenischen Zentrale Schwerte zur Durchführung der Wohnberatung im Kreis Unna

Punkt 6

016/08

Zuschüsse zur Unterstützung modellhafter Sozialarbeit

Punkt 7

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1

ARGE Kreis Unna

- Arbeitsmarktprogramm 2008 und Entwicklungen zum Arbeitsmarkt
- Sonstige aktuelle Informationen zur Umsetzung des SGB II

Erörterung

Herr Ringelsiep stellt das Arbeitsmarktprogramm 2008 vor und geht zunächst näher auf die Entwicklungen des Arbeitsmarktes im Kreis Unna ein.

Während man die Bundesziele, die von der Bundesagentur vorgegeben worden seien, zum dritten Mal in Folge erreicht habe, sei dieses bei den selbst gesteckten Kreiszielen leider nicht immer gelungen, so Herr Ringelsiep. Es müsse in dem Zusammenhang angemerkt werden, dass eine Integration in den Arbeitsmarkt nicht immer auch zu einer Beendigung der Hilfebedürftigkeit führe. Aufgrund eines verhältnismäßig geringen Lohnniveaus im Kreis Unna gebe es zu viele Fälle, in denen trotz einer Beschäftigung noch ergänzende Leistungen durch die ARGE erbracht werden müssten. So habe es Ende 2007 etwa 3.300 Vollzeitbeschäftigte und rund 3.800 Teilzeitbeschäftigte gegeben, die zusätzlich zum Arbeitslohn noch Sozialleistungen erhalten hätten und als sogenannte „Aufstocker“ galten.

Das neue Arbeitsmarktprogramm werde sich an den in der Vergangenheit gut gelaufenen Dingen orientieren, so Herr Ringelsiep weiter. Für 2008 stünden etwa 500.000 € mehr Mittel zur Verfügung, so dass man insgesamt von 14 Mio. € an Fördermitteln für Maßnahmen ausgehen könne. Es sei beabsichtigt, mehr Investitionen in Berufsbildungsmaßnahmen, an Eingliederungszuschüssen, zur Förderung benachteiligter Bewerber um Ausbildungsplätze als auch für Arbeitsgelegenheiten in der Entgeltvariante zu investieren. Neben den vier in 2007 berücksichtigten Zielgruppen (Ältere, Frauen, Migranten und Jugendliche) werde man sich in diesem Jahr auch Menschen mit Behinderung sowie Rehabilitanten widmen. Dagegen werde man Ein-Euro-Jobs ebenso wie Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nicht weiter fördern, da diese sich in dieser Region nicht bewährt hätten. Als zusätzlichen Schwerpunkt habe man allerdings noch die Betreuung der selbständigen Kunden vorgesehen. Hier werde man sich konkret mit der Machbarkeit und Tragfähigkeit von Konzepten auseinandersetzen. Darüber hinaus werde man sich verstärkt Gedanken über die Beauftragung Dritter mit Arbeitsvermittlung machen und auch den Arbeitgeberservice neu strukturieren. Als ein Ziel habe man sich gesetzt, die Jugendarbeitslosigkeit signifikant zu reduzieren.

Herr Ringelsiep stellt zum Abschluss der Vorstellung des Arbeitsmarktprogrammes 2008 noch kurz das Bundesprogramm „JobPerspektive“ vor, welches in wesentlichen Ansätzen mit dem Kreisprogramm „JobSozial“ vergleichbar sei.

Im zweiten Teil seines Vortrages geht der Geschäftsführer der ARGE Kreis Unna auf die aktuellen Entwicklungen, insbesondere auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts hinsichtlich der Verfassungswidrigkeit der bisherigen Organisationsform ein. Es sei nun Aufgabe des zuständigen Bundesministeriums, die notwendigen gesetzlichen Veränderungen auf den Weg zu bringen und darin Regelungen für die künftige Organisation zu treffen. Ziel des Landrates und der beiden Leiter der für den Kreis Unna zuständigen Arbeitsagenturen sei es, auch weiterhin eng zusammen zu arbeiten und Dienstleistung aus einer Hand und unter einem Dach anzubieten. Inwieweit dieses nach der Gesetzesänderung möglich bleibe, müsse jedoch abgewartet werden.

Derzeit, so Herr Ringelsiep weiter, gebe es bei der ARGE mehrere Stellen zu besetzen – aufgrund eines durch den Haushaltsausschuss des Bundes verfügten Einstellungsstops sei man derzeit jedoch nicht in der Lage, in diesem Bereich tätig zu werden. Allerdings gebe es Signale aus der Politik, wonach diese Problematik in Kürze gelöst werden könnte. Neues gebe es auch über die infrastrukturellen Maßnahmen zu berichten. So habe man den Neubau in Unna im Dezember bezogen. Mit Ausnahme einiger kleinerer Mängel gebe es überwiegend positive Resonanzen. In Bergkamen gehe man von einem Bezug des neu errichteten Gebäudes im Mai aus. Auch für Lünen erwarte man, dass es im Laufe des Jahres zu einer Lösung der Raumsituation kommen werde.

Zum Abschluss seiner Ausführungen deutet Herr Ringelsiep an, dass man davon ausgehen könne, dass der Bund zukünftig mehr Mittel für das Verwaltungsbudget zur Verfügung stellen und für 2009 Sorge tragen wolle, dass es zu einer auskömmlichen Personalausstattung komme.

Auf Nachfrage von Herrn Nadolski-Voigt geht Herr Ringelsiep noch einmal auf mögliche Neustrukturierungen der Arbeitsverwaltung ein und stellt hierzu fest, dass es noch keine genauen bzw. feststehenden Erkenntnisse über die weitere Entwicklung gebe. Auch Frau Warminski-Leitheußer erklärt noch einmal deutlich, dass es derzeit keine Veränderungen geben werde und zunächst abzuwarten bleibe, in welche Richtung es gehen werde. Unabhängig der zukünftigen Verfahrensweise sei aber auch weiter beabsichtigt zu kooperieren, da man als Kreis Unna natürlich auch einen Einfluss auf die Arbeitsmarktpolitik nehmen wolle.

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie nimmt die Ausführungen von Herrn Ringelsiep (**siehe auch Anlage 1**) und Frau Warminski-Leitheußer zur Kenntnis.

Punkt 2

014/08

Richtlinien zur Gewährung angemessener Unterkunftskosten nach dem SGB II

Erörterung

Frau Warminski-Leitheußer stellt die Neufassung der Richtlinien zur Gewährung der angemessenen Unterkunftskosten nach dem SGB II vor und geht auf die damit verbundenen Änderungen bzw. Anpassungen ein.

Herr Nadolski-Voigt weist in dem Zusammenhang darauf hin, dass die Gründe für die Anpassungen zumeist in der Rechtsprechung der Sozialgerichte zu finden seien.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Sitzungsvorlage zur Kenntnis.

Punkt 3

Einführung einer Sozialkarte

- Bericht der Verwaltung -

Erörterung

Frau Warminski-Leitheußer weist eingangs darauf hin, dass die Thematik im Rahmen der Sozialdezernentenkonferenz erörtert worden sei. Die im Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gewünschte Harmonisierung kommunaler Angebote habe in der Runde keine Unterstützung gefunden. Nach Einschätzung der Dezernentin würde es auch bei einer Diskussion in der Bürgermeisterkonferenz zu keinem anderen Ergebnis kommen. Andere Möglichkeiten sehe sie dagegen beim öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), da der Kreis Unna in dem Bereich einen viel größeren Einfluss habe.

Die hierzu angestellten Überlegungen werden im Anschluss von Herrn Brewedell, Koordinierungsstelle für Planungsaufgaben (KfP), anhand eines Folienvortrages ausführlich dargestellt (**Anlage 2**). Aufgrund vieler Unsicherheitsfaktoren könne eine Bezifferung der Kosten für den Kreis Unna zum jetzigen Zeitpunkt nicht erfolgen, so das Fazit von Herrn Brewedell. Für den Fall, dass ein solches Sozialticket für den Kreis Unna vorgesehen sei, präferiere man aber die Durchführung mittels eines Pilotprojektes, um zunächst Erfahrungen sammeln zu können. Herr Brewedell geht im Anschluss an seinen Vortrag auf Fragen aus dem Ausschuss ein.

Frau Wentzek bedankt sich im Namen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zunächst für die soeben gehörten Ausführungen. Es sei jedoch sehr schade und für sie nicht nachvollziehbar, dass die eigentliche Intention des Antrages - hinsichtlich der weiteren dort aufgeführten Ziele - leider von den Städten und Gemeinden nicht aufgegriffen worden sei. Ihre Hoffnung liege nun darin, dass die Erleichterung des Zugangs zum ÖPNV möglicherweise einen ersten Schritt darstellen und vielleicht auch das Bewußtsein in den Kommunen zu der Gesamthematik verändern werde.

Frau Warminski-Leitheußer erklärt, dass auch sie es als richtig empfinde, wenn man jetzt zunächst mit dem anfangs, was man am meisten beeinflussen könne – nämlich dem ÖPNV. Vielleicht seien die bestehenden Bedenken in den kreisangehörigen Kommunen dadurch tatsächlich zu minimieren. Es sei aus ihrer Sicht nicht davon auszugehen, dass es bei einer Angebotsharmonisierung zu dramatischen Verschiebungen bei

der Inanspruchnahme von sozialen Leistungen käme. Momentan sei dieses jedoch noch nicht umsetzbar.

Für die SPD-Fraktion hebt Herr Ganzke noch einmal vor, dass es sich zunächst um einen Bericht der Verwaltung handle, worüber in der heutigen Sitzung keine Entscheidung getroffen werden müsse. Wenn man aber die Diskussion ernsthaft führen wolle, dann könne in dem Zusammenhang nur über ein „Vollticket“ geredet werden. Mobilität und auch Flexibilität stellten beispielsweise für eine Arbeitsaufnahme wesentliche Faktoren dar, weshalb eine zeitliche Einschränkung nicht in Betracht gezogen werden dürfe. Positiv stehe man auch dazu, dem Kreis der Nutzungsberechtigten - analog der Zusammensetzung des Regelsatzes - einen Eigenanteil für ein mögliches Sozialticket abzuverlangen. Durch die Einfügung einer Revisorklausel biete sich zudem die Möglichkeit, die Entscheidung nach einem festgelegten Zeitablauf zu überprüfen.

Die CDU-Fraktion, so Frau Giedinghagen im Anschluss, stehe der Problematik auch weiterhin kritisch gegenüber. Erfreulich zu hören sei jedoch gewesen, dass bei der vorgestellten ÖPNV-Karte ein Eigenanteil in die Berechnung aufgenommen worden sei und dadurch Selbstverantwortung bestehen bleibe. Wichtig sei, dass die kreisangehörigen Kommunen das Anliegen auch unterstützten. Anders als von Herrn Ganzke geäußert, sehe man jedoch nicht unbedingt die Notwendigkeit eines Ganztagestickets. Dadurch bestehe möglicherweise die Gefahr, dass es zu einer weiteren Zuspitzung im bereits stark strapazierten Schüler- und Berufsverkehr komme.

Frau Sopora merkt an, dass man sich bei einer weiteren Diskussion innerhalb der Fraktionen nicht nur auf den Empfängerkreis der Bezieher von Leistungen nach dem SGB II (Hartz IV) beschränken dürfe. Wenn, dann müsse man auch andere Leistungsempfänger, z.B. bei Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, einbeziehen.

Der Antrag seiner Fraktion, so die Erwiderung von Herrn Nadolski-Voigt, richte sich auch an diesen Personenkreis.

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie nimmt die Ausführungen und Stellungnahmen unter Hinweis auf die weiteren Haushaltsberatungen zur Kenntnis.

Punkt 4

017/08

Haushalt 2008 des Kreises Unna für den Fachbereich 50 -Arbeit und Soziales-

Erörterung

Die Vorlage Nr. 017/08 wird von Frau Warminski-Leitheußer kurz erläutert. Der Haushalt des Fachbereichs Arbeit und Soziales stelle auch weiterhin mit einem Rechnungsergebnis von voraussichtlich etwa 105 Mio. Euro den größten Teil des Gesamthaushaltes dar. Der Ansatz für die Kosten der Unterkunft (KdU) betrage ca. 75 Mio. €. Ziel müsse auch in diesem Jahr sein, so viele Leute wie möglich in auskömmliche Arbeit zu bringen. Nur dadurch sei eine spürbare Reduzierung der Aufwendungen möglich, so die Dezernentin. Es bleibe abzuwarten, wie sich die Situation im Laufe des Jahres entwickeln werde. Hinweisen wolle sie allerdings noch einmal auf die Senkung des Bundesanteils an den KdU auf 28,6 % und den damit

verbundenen Mindereinnahmen von rd. 2. Mio. Euro.

Frau Warminski-Leitheußer geht im Weiteren auf die Ausgaben im Bereich der Hilfe bei Pflegebedürftigkeit ein und weist darauf hin, dass es sich hierbei ebenfalls um einen bedeutenden Teilbereich handele. Darüber hinaus habe man aufgrund entsprechender Vorberatungen für die Kofinanzierung der Verbraucherzentralen im Kreis Unna in Kamen und Lünen einen Betrag von 100.000 € in den Haushalt eingestellt. Zudem werde im Rahmen der Haushaltsdiskussionen im März beraten, ob eine weitere Beratungsstelle in Schwerte eingerichtet und über einen Zeitraum von 5 Jahren kofinanziert werden solle.

Die Darstellungen zum Haushalt 2008 des Fachbereichs 50 -Arbeit und Soziales- werden von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

Punkt 5

009/08

Vertrag zwischen dem Kreis Unna, der Verbraucherzentrale NRW e.V. in Düsseldorf, dem Verein Neues Wohnen im Alter e.V. in Kamen und der Ökumenischen Zentrale Schwerte zur Durchführung der Wohnberatung im Kreis Unna

Erörterung

Vor der Behandlung des Tagesordnungspunktes erklärt Frau Schwarzer, dass sie aufgrund ihrer Vorstandstätigkeit im Verein „Neues Wohnen im Alter e.V.“ befangen sei und nicht an der Diskussion und späteren Entscheidung teilnehmen werde.

Frau Warminski-Leitheußer stellt die Sitzungsvorlage Nr. 009/08 vor. Herr Risse weist darauf hin, dass bei der der Vorlage beigefügten Anlage „Kostenkalkulation Wohnberatung Kreis Unna Mitte 2008-2010“ ein Rechenfehler bei der Steigerung der Gehaltskosten enthalten sei. Die Steigerungsrate von 2,5 % habe im Jahr 2009 versehentlich keine Berücksichtigung gefunden. Eine korrigierte Anlage liege den Ausschussmitgliedern vor.

Herr Risse und Herr Zakel gehen aufgrund einer Nachfrage von Frau Giedinghagen kurz auf die bisherige Finanzierung der Wohnberatung ein und betonen noch einmal die Bedeutung einer vertraglichen Regelung.

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie nimmt die Sitzungsvorlage zur Kenntnis und verweist diese zur abschließenden Beratung und Entscheidung an den Kreisausschuss und Kreistag.

Punkt 6

016/08

Zuschüsse zur Unterstützung modellhafter Sozialarbeit

Beschluss

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie unterstützt die Arbeit des Freiwilligenzentrums Schwerte e.V.

mit einem zweckgebundenen Zuschuss für den 3. Schwerter Freiwilligentag 2008 in Höhe von 500 €.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt (bei einer Enthaltung der FDP-Fraktion)

Punkt 7

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen ergeben sich nicht.

Herr Nadolski-Voigt richtet sich zum Abschluss der Sitzung noch einmal an Frau Warminski-Leitheußer. Er gratuliert ihr im Namen des Ausschusses noch einmal herzlich zur Wahl als Bürgermeisterin für Jugend und Bildung der Stadt Mannheim und bedankt sich mit einem kleinen Präsent für ihre langjährige Tätigkeit als Dezernentin des Kreises Unna und die damit verbundene gute Zusammenarbeit.

Ende der Sitzung: 17.00 Uhr

Anlage:

1. ARGE Kreis Unna – Berichtsunterlagen von Herrn Ringelsiep
2. Folienvortrag zur Einführung eines Sozialtickets im Kreis Unna

Nadolski-Voigt
Vorsitzender

Vertgewall
Schriftführer